

# Erwartungen an die neue Bundesregierung

AUSGABE ZUM HAUPTSTADTKONGRESS  
MEDIZIN UND GESUNDHEIT 2017



Editorial

## »Stiftung Gesundheitstest« gehört auf die politische Agenda: Patienten treiben den Wandel in der Gesundheitswirtschaft

*Die Gesundheitswirtschaft hat keine andere Wahl. Sie muss sich der Digitalisierung stellen. Letztlich werden das die Patienten erzwingen. Sie werden nämlich jetzt auch Konsumenten. Was den anderen Branchen seit vielen Jahren bereits widerfahren ist, erreicht derzeit den Gesundheitsmarkt: die Stärkung der Nachfrageseite. Hintergrund hierfür ist die steigende Transparenz durch die Medien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Insbesondere das Fernsehen hat zu dieser Entwicklung in großem Maße beigetragen. Heute spielt das Internet eine noch viel bedeutsamere Rolle. Menschen können jederzeit und überall selbst aktiv Informationen anfordern. Sie sind unbegrenzt verfügbar und werden inhaltlich immer besser. Die zunehmende Möglichkeit, Vergleiche anzustellen, macht es einer noch kleinen, aber bereits sehr wirksamen Gruppe von Patienten leicht, Konsumentensouveränität zu gewinnen.*

*Gesundheitsanbieter sind gut beraten, wenn sie sich rechtzeitig auf den Weg begeben, um diesen Veränderungen schnell Rechnung zu tragen. Sie können auf die Erfahrungen in anderen Branchen zurückgreifen. Bereits seit rund sechzig Jahren hat dort eine neue Kundengeneration die Kraft der Nachfrage erkannt und setzt sie etwa auf den Textil- und Elektronikmärkten mit großem Nachdruck ein. Produzenten, die darauf nicht schnell genug reagiert haben, sind längst von der Bildfläche verschwunden. Niemand sollte sich in der Gesundheitswirtschaft in trügerischer Sicherheit wiegen, nur weil Patienten in unvermeidlicher Abhängigkeit von Experten gefangen sind. Sie sind dabei, sich mittels innovativer, digitaler Angebote aus diesen Zwängen zu befreien, und werden in Zukunft nicht mehr akzeptieren, wenn ihnen Ärzte und Kliniken nicht partnerschaftlich die Hand reichen. Wer jahrelang seine Vitaldaten aufgezeichnet hat, um dann erleben zu müssen, dass Gesundheitsprofis sie nicht auslesen können oder sie gar für ihre Diagnostik nicht nutzen wollen, wird sich anderen Anbietern zuwenden, die ihnen individuelle Vorteile versprechen. Wer digitale Intelligenz zur Bewältigung komplexer Analytik und für einen digitalen Workflow einsetzt, wird sehr schnell Vorteile gegenüber dem Wettbewerb erlangen. Modernität sichert die Zukunft. An den Wünschen der Patienten führt kein Weg vorbei.*

*Auch die Politik wird sich diesen Veränderungen nicht dauerhaft verschließen. Die aktuelle Diskussion um die Bedeutung der Qualität auf den Gesundheitsmärkten ist dazu ein kleiner Vorgeschmack. Patienten, die auch Konsumenten werden, sind weit mächtigere Treiber als alle öffentlichen Planungsinstrumente zusammen. Deshalb gilt es, die Patientensouveränität zu stärken, indem die Transparenz vorangetrieben wird. Die Forderung nach einer »Stiftung Gesundheitstest«, wie sie die INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT entwickelt hat, gehört deshalb ganz oben auf die Agenda einer neuen Regierung nach der Bundestagswahl im Herbst 2017.*

*Prof. Heinz Lohmann,  
Vorsitzender, INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT*

Zusammenarbeit

Koordination

Wettbewerb

### Angaben gemäß § 5 TMG:

INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT e.V.  
Geschäftsstelle  
Palisadenstraße 48 | 10243 Berlin

### Kontakt:

[www.initiative-gesundheitswirtschaft.org](http://www.initiative-gesundheitswirtschaft.org)  
[info@initiative-gesundheitswirtschaft.org](mailto:info@initiative-gesundheitswirtschaft.org)

### V. i. S. d. P.:

Dietmar Reese,  
Geschäftsführer IGW e.V.

### Konzept und Umsetzung:

Agentur WOK

### Grafische Gestaltung:

[www.jf-gestaltung.de](http://www.jf-gestaltung.de)

### Titelfoto:

© dizfoto1973 – Fotolia.com

# Erwartungen an die neue Bundesregierung

## Statements



Die Universitätsklinika können mit dem Krankenhausstrukturgesetz und dem Versorgungsstärkungsgesetz umgehen, jedoch fehlt es an einer sachgerechten Umsetzung durch die Selbstverwaltungsorgane. Positive Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Uniklinika sind daher ausgeblieben. Wir wünschen uns, dass die Politik ihre Willensbekundungen durchsetzt.

*PD Dr. Thomas Klöss, Ärztlicher Direktor, Universitätsklinikum Halle (Saale)*

In den vergangenen Jahren wurde durch immer neue Regulierungen versucht, wettbewerbliche Ansätze in der gesetzlichen Krankenversicherung und Gestaltungsspielräume der Selbstverwaltung einzuschränken. Jüngstes Beispiel ist der Versuch der Bundesregierung, die vom Europäischen Gerichtshof erlaubte Bonifizierung verschreibungspflichtiger Arzneimittel zu konterkarieren. Auch wenn dieses Vorhaben zunächst gescheitert ist, zeigt es doch eine bedenkliche Entwicklung in der Politik, Gestaltungsspielräume zugunsten von Lobbyisten und zuungunsten der Patienten zu nutzen. Hier muss ins Gedächtnis gerufen werden, wem die Gesundheitswirtschaft in erster Linie zu dienen hat – nämlich den Versicherten und Patienten.



*Prof. Dr. Norbert Klusen, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT, Mitglied des Expertenbeirats, Innovationsfonds*

organisation



Das deutsche Gesundheitssystem bietet eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau. Handlungsbedarf besteht bei der Abstimmung zwischen ambulantem und stationärem Versorgungsbereich. In den kommenden Jahren sollte der Schwerpunkt der gesundheitspolitischen Gesetzgebung auf der Stärkung von Koordination und Zusammenarbeit im Gesundheitswesen liegen.

*Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender, BARMER*

Wird die Gesundheitspolitik im Zentrum des Bundestagswahlkampfes stehen? Viele Experten gehen davon aus. Ganz sicher ist es ein zentrales Thema, die Gesundheitsversorgung so zu organisieren, dass die steigende Nachfrage mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen bewältigt werden kann. Moderne und bestmögliche Versorgung in einem sinnvollen politischen Rahmen, der vernünftigen Wettbewerb zulässt, ist anzustreben.



*Anton J. Schmidt, Vorstandsvorsitzender, P.E.G. Einkaufs- und Betriebsgenossenschaft eG*



Prof. Heinz Lohmann,  
Vorsitzender, INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

## Bundestagswahl 2017 Eckpunkte der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT (IGW) Ein Verband der Gesundheitswirtschaft

Gesundheit für alle ist eine der zentralen Forderungen an eine humane Gesellschaft. Deshalb ist die grundlegende Modernisierung des Gesundheitssystems eine wesentliche Herausforderung in Zeiten großer Umwälzungen, insbesondere vor dem Hintergrund der Digitalisierung. Die in der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT engagierten Unternehmer und Betriebe fördern daher eine Gesundheitspolitik, die bereit und in der Lage ist, die Bedingungen für ein patientenorientiertes Wettbewerbssystem zu schaffen.

Die Gesundheitsbranche ist in Bewegung. Der Fortschritt macht nicht halt, die Zahl alter Menschen wächst, die der jungen sinkt. Die Frage nach einem gerechten System der Finanzierung der sozialen Sicherung wird immer eindringlicher gestellt. Zugleich weichen die traditionellen Sektorengrenzen übergreifenden Netzwerken, wächst die Bildung von Allianzen in der Gesundheitswirtschaft. Nur gemeinsam sind die kommenden Jahre steuerbar und gestaltbar. Wichtig ist bei allem, den Patienten, den Menschen, im Fokus zu sehen.

Die Mitglieder der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT sind davon überzeugt, dass innovative Unternehmen in der Lage sind, die Qualität und die Produktivität der Gesundheitsleistungen zu steigern und damit eine wachsende Nachfrage mit guter Medizin zu bezahlbaren Preisen zu befriedigen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Etablierung eines Wettbewerbssystems, in dem der Staat die Marktordnung gestaltet sowie den Patientenschutz stärkt und sich die kreativen Unternehmen der Gesundheitswirtschaft erfolgreich durchsetzen können. Das Wachstum der Gesundheitswirtschaft kann somit zur Lokomotive der gesamten Volkswirtschaft werden und schafft zusätzliche Arbeitskräfte und Zuwächse durch privat finanzierte Nachfrage. Die Förderung einer sozialen Gesundheitswirtschaft ist das Bestreben der in der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT engagierten Unternehmen.

Die INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT erwartet von der Politik zielgerichtete und entscheidende Schritte zur Schaffung einer patientenorientierten Wettbewerbsordnung im Gesundheitsbereich. Die Chancen der sozialen Gesundheitswirtschaft für die Entwicklung unserer Gesellschaft sind gewaltig. Sie können nur genutzt werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb ist jetzt aktives Handeln gefragt.

Vor diesem Hintergrund hat die INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT die folgenden Eckpunkte als Forderungen an die Politik für die nächste Wahlperiode.

### Eckpunkte der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT vor dem Hintergrund der Digitalisierung

#### 1 Vertragssystem ersetzt die Budgetstruktur als Regelsystem

Trotz der durch den Gesetzgeber erlaubten Öffnungen innerhalb des starr regulierten Gesundheitsmarktes engen die bestehenden Gesundheitsgesetze innovative Unternehmen und Institutionen in ihrer Veränderungsbereitschaft immer noch zu sehr ein. Der Status quo bleibt zementiert. Das gilt für Krankenversicherungen genauso wie für Gesundheitsdienstleister. Ein regelhaftes Vertragsprinzip kann Qualität und Wirtschaftlichkeit künftig zum Durchbruch verhelfen.

#### 2 Unternehmerische Kreativität durch Abbau von Überregulierung

Überregulierungen, die die unternehmerische Kreativität der Gesundheitswirtschaft hemmen, müssen eliminiert werden. Dazu zählt die unveränderte Verpflichtung der Krankenkassen, weitgehend einheitlich und gemeinsam zu handeln. Auch die Krankenhausplanung und die staatliche Investitionsfinanzierung sind entbehrlich. So stärkt insgesamt die Einführung einer monistischen Finanzierung die unternehmerische Perspektive der Verantwortlichen.

#### 3 Wachstum durch Konzentration und Vernetzung

In der Konzentration und der Vernetzung der Leistungen liegt die Zukunft der Hochleistungsmedizin. Es geht um zukunftsweisende integrative Arbeitsformen, die die Kompetenzzentren in den Metropolen mit den Gesundheitszentren in der Fläche verbinden. Überkommene Regulierungen, die die Zusammenarbeit bisher verhinderten, etwa bei der Realisierung der Telemedizin, müssen beseitigt werden. Die Qualität der Medizin ist bei diesen Aktivitäten immer der Maßstab.

#### 4 Staat bestimmt Marktordnung und regelt Patientenschutz

Für Anbietermonopole und staatlich geschützte Freiräume ist in einem Wettbewerbssystem der Zukunft kein Raum mehr. Der Staat sichert die medizinische Versorgung der Bevölkerung künftig deshalb nicht mehr über innere Regulierungen der beteiligten Institutionen, sondern über die Verpflichtung der Krankenkassen, Verträge mit Gesundheitsanbietern abzuschließen, die den gesetzlichen Versicherungsschutz realisieren.

Qualität

Vernetzung



Prof. Dr. Josef Hilbert,  
Vorsitzender des Vorstands, NDGR

## Gesundheit 2025: Gegen Innovationsstottern auf ZAG sein!

Die Mitglieder im Netzwerk Deutsche Gesundheitsregionen (NDGR) e. V. haben in den letzten Jahren zahlreiche neue Produkte und Dienstleistungen auf den Weg gebracht, zumeist im Verbund von Akteuren aus verschiedenen Säulen und Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft. Die Beispiele reichen von telemedizinischen Angeboten über neue Wege der internationalen Gesundheitszusammenarbeit bis hin zu kreativen Wegen der Fachkräftesicherung.

Enttäuschung kam und kommt in vielen Regionen oft dadurch auf, dass es zu viele »erfolgreiche Rohrkrepierer« gibt. »Vor Ort« gelingen in Pilotprojekten innovative und tragfähige Lösungen, beim Weg in die Breite kommt es jedoch zu Verzögerungen, Rückschlägen, Havarien. Die Gründe sind vielfältig: Es gibt Interessensgegensätze, rechtliche Schwierigkeiten, nicht selten auch Zaghaftheit und manchmal sogar ein schlechtes Zusammenspiel der Akteure.

### Die bevorstehende Wahl zum 17. Deutschen Bundestag nimmt das NDGR zum Anlass, ein neues Innovationsmonitoring aufzubauen.

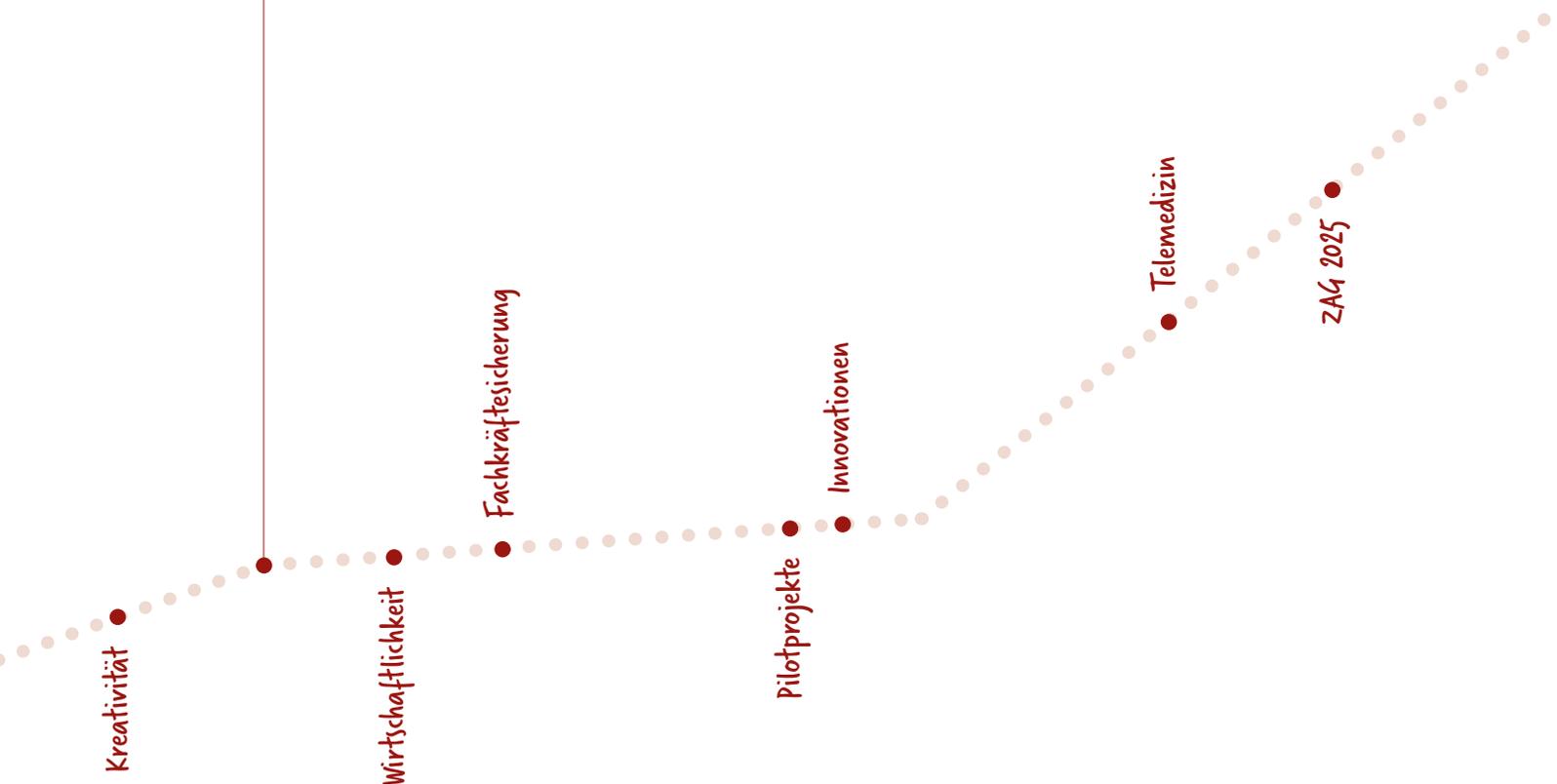
Es soll erstens darauf aufmerksam machen, dass Deutschland gute Karten hat, seine Gesundheitsversorgung signifikant zu verbreitern, zu vertiefen und zu verbessern. Und es soll dabei zeigen, dass davon nicht nur die Bürger und Patienten profitieren können, sondern dass Gesundheit auch zum zentralen Treiber für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft wird.

In einer ZukunftsAgendaGesundheit 2025 (ZAG 2025) werden dann zweitens die wichtigsten Innovationsbaustellen für eine Gesundheit mit Zukunft benannt. Drittens wird parallel und systematisch auch auf Umsetzungsprobleme und auf Ursachen für das »Innovationsstottern« hingewiesen. Und gleichzeitig wird viertens umrissen, wo Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und wo Gesundheitsregionen selbst gefordert sind, mehr für die breite Innovationsumsetzung zu tun.

### Gemeinsam Ausrufezeichen setzen!

Beim Parlamentarischen Abend des NDGR am 8. März 2017 gab es viel Unterstützung für die ZAG. Die INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT (IGW), der Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD), die Deutsche Gesellschaft für Integrierte Versorgung (DGIV) und die Deutsche Gesellschaft für Telemedizin (DGTelemed) werden mit dabei sein. Mit Publikationen, vor allem aber mit Workshops und Foren, bei denen nicht nur geredet wird, sondern die vielmehr auch auf Verabredungen zielen, wird die ZAG 2025 eine subsidiäre Gestaltungs- und Verantwortungsgenda aufstellen, damit der Gesundheitsstandort Deutschland sein Innovationsstottern überwindet und seine Innovationskraft besser entfalten kann.

Weitere Akteure, die bei der ZAG 2025 mitmachen wollen, sind willkommen. Für weitere Informationen steht Ihnen die Geschäftsstelle gerne zur Verfügung. Bitte senden Sie Ihre Nachricht an: [info@ndgr.de](mailto:info@ndgr.de)





Joachim Pröbß, M. A., Direktor für Patienten- und Pflegemanagement sowie Mitglied des Vorstands, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

## Pflege im Fokus

Die aktuelle Legislaturperiode und die Arbeit der großen Koalition sind auf der Zielgeraden angelangt. Für die Entwicklung der Pflege hatte man sich vieles vorgenommen, und die Bürgerinnen und Bürger wurden, zumindest quantitativ, nicht enttäuscht. Beispielsweise haben die Pflegestärkungsgesetze die Pflegebedürftigen und Angehörigen im Fokus. Mit der lange überfälligen neuen Definition von Pflegebedürftigkeit erhalten jetzt wesentlich mehr Pflegebedürftige Zugang zu den Leistungen, unabhängig davon, ob sie von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen betroffen sind. Menschen mit Demenz werden bei der Einstufung besonders berücksichtigt. Die dafür notwendige Erhöhung des Beitragsatzes der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte erscheint nachvollziehbar. Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland wird das mit Sicherheit nicht die letzte Anpassung gewesen sein.

### Untergrenzen in der Diskussion

Im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten stand auch die Verbesserung der Arbeitssituation der beruflich Pflegenden in Krankenhäusern. Es wurde im Volumen von 660 Millionen Euro für drei Jahre ein neues Pflegestellen-Förderprogramm aufgelegt. Der Betrag klang hoch, Kritiker rechneten aber schnell vor, dass pro Krankenhaus lediglich ca. drei Stellen dabei herauspringen würden. Der neue Pflegezuschlag in Höhe von 500 Millionen Euro ab 2017 war aber für die Budgets der Krankenhäuser nur eine Umetikettierung des Versorgungszuschlags, der hierdurch ab 2017 abgelöst wurde. Hohe Erwartungen wurden bei den beruflich Pflegenden mit der Einrichtung einer Expertenkommission »Pflegepersonal in Krankenhäusern« aus Praxis, Wissenschaft und Selbstverwaltung geschürt. Bundesminister Hermann Gröhe übernahm selbst die Leitung. Diese Kommission sollte prüfen, ob im DRG-System oder über Zusatzentgelte ein erhöhter Pflegebedarf dargestellt werden kann. Die Ergebnisse der Kommission wurden nun vorgelegt. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der GKV-Spitzenverband werden beauftragt, im Benehmen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung Pflegepersonaluntergrenzen in zuvor von ihnen festgelegten Bereichen im Krankenhaus bis zum 30. Juni 2018 verbindlich zu vereinbaren. Nähere inhaltliche Vorstellungen, wie solche Untergrenzen definiert und gemessen werden können, sind aus der Arbeitsgruppe nicht bekanntgegeben worden. An den unterschiedlichen Reaktionen der Akteure lässt sich gut ablesen, welche nahezu unlösbare Aufgabe gestellt wurde.

Berufsverbände der Pflege und die Gewerkschaft ver.di sehen sich mit ihren Forderungen nach mehr Personal mehr als bestätigt, während die Deutsche Krankenhausgesellschaft Untergrenzen als nicht akzeptabel ansieht.

### Patientenorientierte Versorgung braucht gute Arbeitsbedingungen für Pflegenden

Aus Managementsicht kann man nicht für gesetzlich festgelegte Personalquoten stimmen. Die Entwicklung und Umsetzung von zeitgemäßen und innovativen Personalkonzepten sind ein wesentlicher Teil der vom DRG-System geforderten unternehmerischen Handlungsspielräume. Außerdem muss man sich fragen, warum hier ausschließlich die Berufsgruppe Pflege quotiert werden soll und nicht auch andere an der Patientenversorgung beteiligte Gesundheitsfachberufe. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass nicht wenige Kliniken mit ihrer Personalpolitik dazu beigetragen haben, dass der politische Druck auf die Forderung nach mehr Personal so groß geworden ist. Wer Pflegepersonal nur als Kostenfaktor sieht, um Renditeerwartungen oder Sanierungsziele zu erfüllen, hat die große Bedeutung der Berufsgruppe für den unternehmerischen Erfolg und natürlich besonders für die Versorgungsqualität nicht verstanden. Pflegemanager haben hier die Aufgabe, selbstbewusst aufzuzeigen, dass eine konsequente Patientenorientierung, gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und wirtschaftliches Handeln einander bedingen.

Die INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT versucht schon seit längerer Zeit, hier klare Akzente zu setzen. Im März 2017 wurden – gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und der NursIT Institute GmbH – über dreißig Experten zu einem spannenden interprofessionellen Expertenaustausch eingeladen. Unter dem Workshoptitel »Pflege 4.0: Patientenorientierte Versorgung durch digitale Prozesse« kam es zu spannenden Diskussionen. Neben Impulsvorträgen wurden im World-Café-Format sehr inspirierend die Kernthemen Prozesse, Technologie und Kompetenz ausgiebig beleuchtet. Ein Kernsatz fasst den Workshop zusammen: Digitalisierung in der Pflege muss konsequent auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Patienten ausgerichtet sein, entlastet die beruflich Pflegenden und stabilisiert die Behandlungsabläufe für alle Beteiligten.

In den nächsten Wochen wird die IGW die Ergebnisse in Form eines Positionspapiers zur weiteren Diskussion stellen.

Personalkonzepte

Prozesse

Kompetenz



Prof. Dr. Jörg F. Debatin, MBA, Vice President,  
Chief Technology and Medical Officer, GE Healthcare

## Die Digitalisierung hat die Medizin erreicht. Sie wird das heutige Gesundheitssystem grundlegend verändern, sodass jede Patientin und jeder Patient von besseren Diagnosen und individuelleren Behandlungen profitiert.

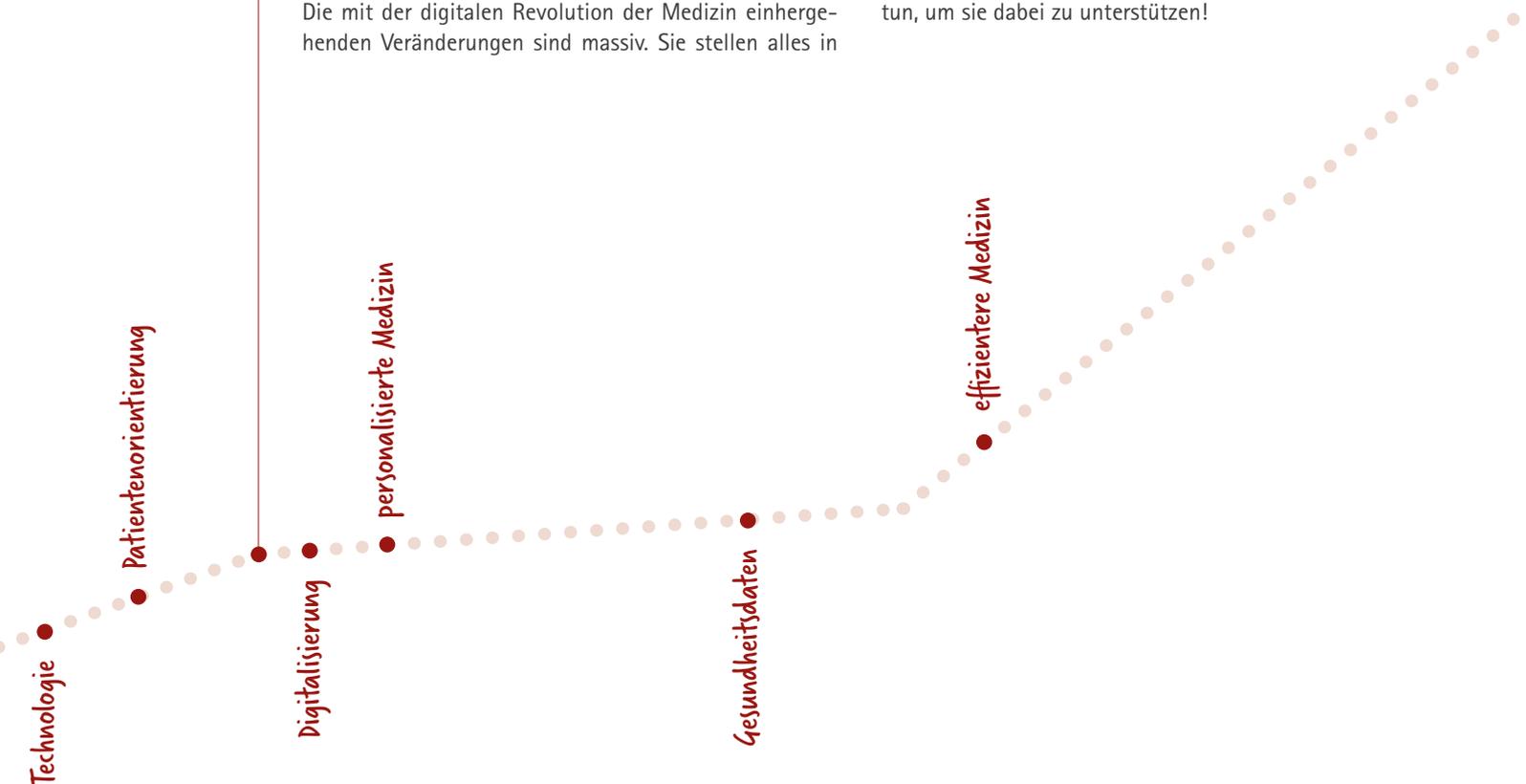
Die zunehmende Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens verändert die Anforderungen an eine moderne Gesundheitsversorgung. Sie bietet zugleich ungeahnte Chancen für ein effizienteres Gesundheitssystem mit deutlich besseren Outcomes. Die Zauberworte heißen »Big Data«, »Analytics« und »Deep Machine Learning«. Durch die Vernetzung und Verarbeitung von Gesundheitsdaten vieler einzelner Patienten wird es möglich, verdeckte Zusammenhänge früher zu erkennen, bessere Diagnoseverfahren zu entwickeln und für den individuellen Patienten maßgeschneiderte Therapien für optimale Ergebnisse zu konzipieren. Die digitale Revolution ist der Treiber für die viel beschworene »personalisierte Medizin«. Die intelligente Verknüpfung gewaltiger Mengen verschiedener Daten durch immer leistungsfähigere IT-Systeme birgt die Möglichkeit, ein dynamisches und ganzheitliches Bild der Gesundheit jedes einzelnen Menschen zu zeichnen. Daten sind daher nicht nur für die zukünftige Gesundheitsforschung eine wichtige Ressource, sondern vor allem für die zukünftige Gesundheitsversorgung jedes Einzelnen. Natürlich müssen bei sensiblen Gesundheitsdaten auch grundlegende Aspekte des Datenschutzes berücksichtigt werden. Entscheidend wird sein, dass der Patient zu jedem Zeitpunkt die Hoheit über seine Daten behält. Nur so wird es gelingen, das notwendige Vertrauen aufzubauen.

**Herausforderung für Ärzte und medizinisches Curriculum**  
Die mit der digitalen Revolution der Medizin einhergehenden Veränderungen sind massiv. Sie stellen alles in

den Schatten, was die moderne Medizin in den letzten Jahrzehnten als Veränderung wahrgenommen hat. Bereits heute ist abzusehen, dass die eher konservativen Strukturen der etablierten Medizin zurückhaltend reagieren. Besonders die Ärzteschaft blockiert – sie hat letztlich auch wenig zu gewinnen und müsste sich darauf einlassen, Medizin auf ganz andere Art und Weise zu praktizieren. Dabei wird es zu tiefgreifenden Verwerfungen kommen. So ist abzusehen, dass zukünftig sämtliche Bilddaten in Radiologie, Pathologie und anderen Fächern, so wie heute bereits die Blutlaborwerte, in großen Teilen durch Maschinen interpretiert werden. Die App auf dem Handy entscheidet, ob der Leberfleck malignomverdächtig ist oder nicht. Darauf ist niemand so richtig vorbereitet. Selbst in der medizinischen Ausbildung werden die mit der Digitalisierung einhergehenden Chancen bislang weitestgehend ignoriert.

### Patienten von morgen: Chancen ergreifen!

Gewinner der digitalen Revolution werden vor allem die Patienten sein. Sie können sich auf eine bessere und vor allem effizientere Medizin freuen. Auf sie wird es ankommen, ausreichend Druck aufzubauen, um die etablierte Medizin zu den notwendigen Veränderungen und Anpassungen zu zwingen. In Anbetracht der wirklich bahnbrechenden Potenziale für eine verbesserte medizinische Versorgung bin ich guter Hoffnung, dass die Patienten ihre Chance ergreifen werden. Wir sollten alles tun, um sie dabei zu unterstützen!





## Unternehmer und Manager in der INITIATIVE GESUNDHEITS- WIRTSCHAFT aktiv

Der soziale Konsens, kranke Menschen – unabhängig von ihren eigenen finanziellen Möglichkeiten – mit moderner Medizin zu behandeln, muss zu einem der bedeutenden Werte des künftigen gemeinsamen Europas werden. Dazu ist angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen eine große Anstrengung vieler engagierter Kräfte notwendig.

Die in der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT vereinten Unternehmer und Manager sind bereit, für eine gute Medizin für alle einzutreten. Sie sind davon überzeugt, dass die aktiven Unternehmen der Gesundheitswirtschaft durch Leistung, Qualität und Produktivität einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung dieses Ziels erbringen können. Dazu muss die Politik den Wettbewerb und damit Wachstum fördern. Die INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT will darum ein Bewusstsein für die Bedeutung der Branche schaffen, denn nur gemeinsam – durch unternehmerische, kreative und innovative Kooperation aller Akteure – sind die kommenden Jahre steuer- und gestaltbar.

Wir appellieren an Unternehmer und Manager der Gesundheitsbranche, Mitglied der INITIATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT zu werden, um die Zukunft selbst mitzubestimmen und der Branche endlich eine starke Stimme zu verleihen!

*Weitere Informationen unter:  
[www.initiative-gesundheitswirtschaft.org](http://www.initiative-gesundheitswirtschaft.org)*